

Rüdiger Klasen
Wittenburger Str.10
19243 Püttelkow
Tel: 038852/58951
kunkelmann2000@t-online.de

Püttelkow, 13.03.2012

An den Generalbundesanwalt
beim Bundesgerichtshof
Herr EStA Dr. Maak pers.!!
Herrenstraße 45a
76133 Karlsruhe
Tel: 0721 8191-0
poststelle@gba.bund.de

Ihr AZ 3 ARP 104/11-4

Aktenzeichen: 222 Js 373/11
Aktenzeichen: 1ZS 744/11

Strafanzeige und Strafantrag gegen den Bundespräsidenten Christian Wulff und dessen Frau Bettina Wulff

wegen Zeigens verfassungswidriger nationalsozialistischer Grußbezeugungen § 86 und 86 a, zzgl. § 130 und den alliierten SHEF Gesetzen, besatzungsrechtliche Bestimmungen für Deutschland (Wiederbetätigung Verbot des Nationalsozialismus)

OFFENTLICHE BESCHWERDE ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN DER GENERALSTAATSANWALTSCHAFT BERLIN Staatsanwalt Herrn Piaszek, Generalstaatsanwalt Ralf Rother / bearbeitet von Oberstaatsanwältin Frau Kuppe- Dörfer

Wiederholte Aufforderung zur Aufnahme der Ermittlungen in alle Richtungen, erhärteter Verdacht auf mögliche Befangenheit nach

Verwaltungsverfahrensgesetz § 5 und §2 und Parteiengesetz §44 Ipsen parteipolitisch, oder in irgendeiner anderen Art und Weise befangen zu sein.

Ihr Schreiben vom 24.02.2012

1. Weitere Beschwerde bzgl. der von Ihrer Bundesanwaltschaft bis heute nicht erledigten Strafanzeige und Strafantrag gegen den Bundespräsidenten Christian Wulff und dessen Frau Bettina Wulff wegen Zeigens verfassungswidriger nationalsozialistischer Grußbezeugungen. **Aktenzeichen: 222 Js 373/11 Neue Dimension durch Weiterführung der Staatsangehörigkeit *DEUTSCH* *deutsche Staatsangehörigkeit* nach dem Neuen Staatsrecht vom 05.02.1934!**

2. Neue Strafanzeige/ Strafantrag wegen Weiterführung der Nazi - Staatsangehörigkeit *DEUTSCH* / *deutsche Staatsangehörigkeit* nach dem Neuen Staatsrecht vom 05.02.1934. = NOTFALL Staatsangehörigkeit! Ausnahmezustand / NOTFALLSITUATION in der BRD:

Sehr geehrte geehrter Herr EStA Dr. Maak,

Sie schreiben, dass bzgl. der Behandlung meiner Strafanträge durch die Staatsanwaltschaft Berlin eine Zuständigkeit der Generalbundesanwaltschaft zur Überprüfung deren Entscheidung nicht gegeben ist.

Warum sind Sie nicht dafür zuständig?

Welche Dienststelle (bitte vollständige Anschrift, Ansprechpartner) ist dafür zuständig?

Im Zusammenhang mit der o. g. Vorgang zeige ich Ihnen folgende Situation NEU und ERGÄNZEND an und beantrage Untersuchung und Abhilfe:

Ich bin laut Artikel 139 Grundgesetz (GG) zur Anzeige der StA - Weiterführung des Neuen Staatsrechtes vom 05.02.1934 verpflichtet, dem ich selbstverständlich sofort auch bei Ihnen nachkomme.

Entwicklung/ Ausgangssituation:

RuStAG (RoStAG) von 22. Juli 1913 = Ausland / Inland = (doppelte Staatsangehörigkeit.)

Neues Staatsrecht vom 05.2.1934: *Deutscher ist, wer die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.*

R= StAG = Gleichschaltung/ = Jeder Deutsche hat nur noch **Auslandstatus = juristische Person rechtlos & entmündigt!**

1. Auf unseren BRD- Personalausweis steht die Staatsangehörigkeit *DEUTSCH* nach StAG = laut Neuen Staatsrecht von 1934/ mit Gleichschaltung von 1934!

2. 1959 Bundesgesetzblatt BGI. III *Bereinigung*

Die BRD darf aber nicht entnazifizieren!

Siehe dazu die SHAEF - Entnazifizierungsbestimmungen der Alliierten.
Nur die Alliierten haben die juristische Hoheit zur Entnazifizierung!
Die BRD unterließ die Abgabe der Staatsangehörigkeit zur Entnazifizierung an die Alliierten!

Wurde zur Ablenkung einfach das **RuStAG** (RoStAG) vom 22. Juli 1913 wird von der BRD bereinigt? Das Wort **Reichsangehörigkeit** (Ausland) wird entfernt/ Bereinigt. Bereinigung **R = STAG = INLAND!**
Es wurde einfach ein altes, ungültiges Gesetz bereinigt!
Die RuStAG von 1913 hat mit der **R= STAG** aus dem 3. Reich nichts zu tun!

Wurde zum Schein/Täuschung von der gleichgeschalteten Nazi- Staatsangehörigkeit **R - StAG** nur das **R** bereinigt?

Das vom 3. Reich/ Adolf Hitler gleichgeschaltete **StAG** und die Nazi - Staatsangehörigkeit ***DEUTSCH***(juristischer Personenstand) bleiben bestehen!
Siehe BRD Personalausweis: Staatsangehörigkeit ***DEUTSCH***
+ BRD Staatsangehörigkeitsurkunde: ***deutsche Staatsangehörigkeit*** laut (R)StAG vom 05.02.1934!

Jeder BRD Bürger hat laut StAG = die Nazi Staatsangehörigkeit ***DEUTSCH*** = **Ausland**status =juristischer Personenstand=
insbesondere völker- & menschenrechtlich rechtlos und entmachtet/ entmündigt!

Die BRD führt die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Neuen Staatsrecht vom 05.02.1934 weiter!
Es besteht damit folgender offensichtlicher Tatbestand:
Die BRD führt damit automatisch staatsrechtlich juristisch das 3. Reich weiter. Das ist eine nationale wie intern. Straftat größten Ausmaßes!

Damit gewinnt die Straftat des *deutschen Grußes* von Frau Bettina Wulff eine entsprechend ganz andere Dimension. Signalisiert die Frau damit das 3. Reich bzw. ein geplantes 4. Reich (EU)?

I. Anzeige Nazifizierung:

Das BRD - Grundgesetz legt im Artikel 116zusätzlich die Heimatlosigkeit, NAZIFIZIERUNG, Rechtlosigkeit, Entmündigung und damit auch den Feindstatus aller Deutschen fest:

Artikel 116 GG:

„(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die **deutsche Staatsangehörigkeit** besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener **deutscher Volkszugehörigkeit** oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html

***deutsche Staatsangehörigkeit* + *deutscher Volkszugehörigkeit* sind Nazirecht – Begriffe aus der Gleichschaltung der RuStAG 1913 (R mit StAG) 1934!**

II. Antrag Abhilfe Verfassung:

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Artikel 146:

Der ab 1990 geänderte Artikel 146 des Grundgesetzes (GG):

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem **eine Verfassung** in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Artikel 146 Grundgesetz

<http://www.youtube.com/watch?v=dOK2Ek-WWwY&feature=related>

Verweis auf das Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland/ Artikel 146:

Artikel 146 Grundgesetz fordert ausdrücklich keine neue Verfassung. Nur auf der Basis der bisherigen Verfassung kann eine neue Verfassung zu erarbeitet und per Volksabstimmung zu legitimiert werden. Vorher muß allerdings die Wiedervereinigung erfolgen und der deutsche Rechtsstaat ***Deutsches Reich*** wieder handlungsfähig sein.

Durch die StAG nazifizierte Heimatlose, rechtlos entmündigte BRD - Personal - wie meine Person- kann weder über die Wiederherstellung der Verfassung noch über neue Verfassung befinden/ entscheiden! Das betrifft alle staatsvölkerrechtlichen Vorgänge. Jeder ist zur sofortigen Abhilfe verpflichtet!

III. BRD führt die Staatsangehörigkeit und §- Gesetze, Symbole aus dem Nazireich seit 1949 weiter:

Die EU wird als häufig das 4. Reich bezeichnet!

Verweisauswahl:

<http://euro-med.dk/?p=7686>

„Peter Mühlbauer 16.12.2011: politische Autobahn - Europa als nationalsozialistische Idee!“
<http://www.wearechange.ch/archiv/news-archiv/95-politik-international/2645-politische-autobahn-europa-als-nationalsozialistische-idee>

<http://www.heise.de/tp/artikel/36/36081/1.html>

<http://vulder.com/stag/stag2/>

www.gg146.de

Personenzustand *DEUTSCH* Neues Staatsrecht 1934

<http://www.buendnis-fd.de/2011/06/nazi-staatsburgerschaftsgesetz-stillschweigend-in-kraft-gesetzt/>

IV. Antrag / Aufforderung Abhilfe Entnazifizierung:

Das BRD Grundgesetz Artikel 139 regelt gleichzeitig die Entnazifizierung:

„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Es gelten vollumfänglich die alliierten SHAEF Entnazifizierungsbestimmungen!

Auf der Basis Grundgesetz Artikel 139 Entnazifizierung und der SHAEF- Gesetze/ Entnazifizierungsgesetze der Alliierten zeige ich Ihnen hiermit meine persönliche Nazifizierung und Anwendung und Weiterführung von Nazirecht durch die BRD an und verlange von Ihnen jetzt sofortige Hilfe zur Abhilfe!

Dazu ist unerlässlich meinen Ihnen und den persönlichen Rechtszustand aller Deutschen vor 1933 wiederherzustellen!

Sie/ ich / Jeder ist zur sofortigen Abhilfe/ Meldung an die zuständigen Alliierten Stellen / Militärstaatsanwaltschaften verpflichtet!

V. Ich zeige schlussfolgernd an:

Alle BRD Personalausweisinhaber mit der StA *DEUTSCH*/ *deutsche Staatsangehörigkeit* sind bis heute durch die § Weiterführung der StA nach Neuen Staatsrecht vom 05.02. 1934 durch die BRD nazifiziert, heimatlos/ haben Ausländerstatus, sind vollständig § rechtlos/ entmachtet. Außerdem haben wir dazu auch noch durch die Nazifizierung einen persönlichen Feindstatus gegenüber den Alliierten!

1. Anzeige bzgl. meiner und Ihrer persönlichen ENTNAZIFIZIERUNG durch die BRD/ 3. Reich:

Verweis Artikel 139 GG,

Verweis auf die Gleichschaltung von 1934 R(oder)STAG von 22. Juli 1913 in R-STAG,

Verweis auf das Neue Staatsrecht von 1934 und die darauf basierende R-StAG,

Verweis auf das im Jahr 2010 um das R – bereinigte RuSTAG von 22. Juli 1913,

Verweis auf die Anwendung der bis heute nicht entnazifizierten, gleichgeschalteten und 2010 um das R bereinigte StAG

entsprechend dem Neuen Staatsrecht von 1934. Staatsangehörigkeit *DEUTSCH*

Es gilt automatisch die BRD - Staatsangehörigkeit nach R-StAG von 1934 für uns!

2. Antrag Abhilfe zur Beendigung meiner/ Ihrer im Nazireich vom 05.02.1934 unter Adolf Hitler auf der Basis von Ermächtigungsgesetz und Gleichschaltungsgesetz angeordneten Heimatlosigkeit/ Ausländerstatus, Rechtlosigkeit/ Entmündigung, persönlicher Feindstatus gegenüber den Alliierten!

Heimatland + natürlicher Personenstand sind auf meinen BRD - Personal Ausweis nicht angegeben! Stattdessen existiert Angabe der NAZI - Staatsangehörigkeit *DEUTSCH* von 1934! Die Großschreibung *DEUTSCH* und meines Namens unterstreichen zusätzlich den juristischen Personenstand der doppelt gleichgeschalteten StA.

3. Antrag Abhilfe zur fortlaufenden Verhinderung des Friedensvertrages zur Beendigung des Welt – Krieges.

Bis heute existiert kein Friedensvertrag mit den Alliierten und 49/51 Staaten der Welt, weil der rechtsfähige Rechtsstaat das Deutsche Reich mangels Organisation handlungsunfähig ist!

Das Deutsche Reich existiert und ist mangels Organisation nicht handlungsfähig (OVG Karlsruhe BVG von 1973 Urteil 31.07.1973, BVerfGE 35, S. 1 f, BVerfG 2266 [277], BVerfG 3288 [319 f.], BVerfG 585 [126], BVerfG 6309 [336, 363]). Die BVG Antwort vom 18.08.2005 zum Urteil vom 31.07.1973 Deutsches Reich.

4. Aufforderung zur Nazifizierungsmeldung/ Antrag zur Entnazifizierung/ Selbstanzeige/ Meldung offenbarer Weiterführung des Nazireiches:

Botschaft der Russischen Föderation
seine Exzellenz, Herr Botschafter Vladimir M. Grinin

Militärattache / Verteidigungsattache
Oberst i.G. Oleg Avrinskiy
Unter den Linden 63-65
10117 Berlin
info@russische-botschaft.de
Tel: 030/2291110
Tel: 030 / 229 11 29

VI. Verweis auf rechtswirksame Präzedenzfälle/ Beweise:

INFORMATIONSWEBSEITE:

www.gg146.de

**Ausnahmestand / NOTFALLSITUATION weitergeführte Staatsangehörigkeit von 1934 in der BRD:
Ich beantrage die Ermittlung zu allen Anzeigepunkten aufzunehmen.**

Wir alle haben ein Grundrecht auf Frieden Verfassung, Heimat, Menschen- und Völkerrecht!

Verweis dazu auch auf das Widerstandsrecht eines jeden Menschen auch laut Artikel 20 im Grundgesetz (GG) und auf die Menschenrechte = Recht auf HEIMAT im Grundgesetz (GG) der BRD!

Mit Verweis auf Artikel 139 GG bin ich verpflichtet dem nachzugehen und das bei Ihnen zu anzuzeigen und Sie zum sofortigen Handeln aufzufordern!

Ich habe als de jure NaZi - vergangenheitsgeschädigte Person die absolute persönliche Veranlassung und das Grundrecht auf volle Aufklärung/ Abhilfe zum Vorgang der nach Neuen Staatsrecht vom 05.02.1934 unter Adolf Hitler gleichgeschalteten StA *DEUTSCH*/ vereinheitlichte *deutsche Staatsangehörigkeit*!

Sie als zuständige oberste Strafverfolgungsbehörde der BRD sind hiermit aufgefordert dem umgehend sach- fachgerecht nachzukommen!

Ich beantrage hiermit die vollständige fach – sachgerechte Sachstandsklärung, vollumfängliche Erfüllung der Anträge, Weiterleitung an ihren Dienstvorgesetzten, auch bei eventuelle Nichtzuständigkeit die dienstliche Weiterleitung des Vorganges an die dann zuständigen Dienststellen. Ich bitte Sie mich dazu stets aktuell informiert zu halten.

Niemand kann jemanden die persönliche Verantwortung gegenüber sich selbst und seinen lieben Mitmenschen abnehmen: Es ist die persönliche Entscheidung mit allen Konsequenzen sich zur rechtstaatlichen Ordnung für Deutschland, das Leben und für eine lebenswerte Zukunft für alle, die Wiederherstellung des Weltfriedens/ Verhinderung bestehender und neuer Kriege für die Neue Welt Ordnung zu positionieren oder nicht!

Die Antwort auf mein heutiges Schreiben, habe ich mir bis zum **29.03.2012** (eingehend), jedoch spätestens bis zum Ablauf der national und international gültigen 21 Tage - Regelung im rechtlichen Schriftverkehr notiert.

Dazu §- Belehrung: Jeder BRD- Bedienstete ist dienstlich als auch privat vollumfänglich haftbar! Das von BRD- Verwaltungseinrichtungen bekannte Fristversäumnis/ Schweigen gilt als stillschweigende Annahme und Zugeständnis der Tatsachen anhand der vorliegenden Fakten.

Grundsätzlich bin ich stets zur vernünftigen Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens im Interesse von Sicherheit, Ordnung, Frieden und vernünftiger Verwaltung unserer Gesellschaft und unseres Landes bereit, biete das immer wieder an und lade auch Sie verbindlich herzlich dazu ein.

Ich sehe mit Interesse Ihrer baldigen Stellungnahme und Klärung entgegen. Bitte halten Sie mich informiert.

Mit freundlichen Grüßen Rüdiger Klasen

= natürliche Person und von Geburt an Landeszugehörigkeit (LStA) [Mecklenburg- Schwerin](#) laut nicht gleichgeschalteter RuStAG (RoStAG) vom 22. Juli 1913
(Als E- Post / E- Mail auch ohne Unterschrift erklärt gültig)

Anlagen:

NEU: Beweismappe zur StA: *Heimat ist ein Paradies*

+ Kopie meiner persönlichen Urkunde Umsetzung Artikel 146 GG - hinterlegt beim Einwohnermeldeamt/ Hauptamt 19243 Wittenburg, Molkereistraße 08 + abgegeben bei der russischen Botschaft/ dienstliche Weiterleitung zur russischen Militärsstaatsanwaltschaft/ Alliierte.

Hinweis: Das gilt für alle meine Schreiben: Fehler/ Irrtümer/ Fälschungen (in den Quellen) sind niemals auszuschließen, selbst wenn ein prozentualer Anteil nicht der Wahrheit entsprechen sollte, ist die Beweislast dennoch erdrückend. Konstruktive Hinweise sind stets willkommen!

Diverse rechtliche Informationen, Fakten und Nachweise in den E – Post Anlagen. Gesetzliche Grundlagen, Fakten und Presseinformationen zu Ihrer sachlichen Prüfung und Bearbeitung. Meine jetzt notwendige, legitimierte Forderung um Ihre sachliche Aufklärung und Stellungnahme!

Die vielfältigen (Internet-) Informationen stellen nicht gleichzeitig, automatisch die Meinung des Verfassers dieses Schreibens dar. Alle Informationen dienen zur Ihrer sachlichen, vollständigen und korrekten Untersuchung, Ursachenergründung und Abstellung der extremen offenkundigen Schief lagen in unserer menschlichen Gesellschaft und deren Politik!